

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1 Mark, bei Selbstabholung 90 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 1.10 Mk., bei Selbstabholung 1 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mk. für 1 Monat 1 Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 13600.

Inseratskosten die gespaltene Zeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Platzvorrat 25 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beliegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— Mk. jedes Tausend, bei Zeilanzlage 5.— Mk. — Schluß der Annahme von Inseraten für die künftige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Neue Rundgebungen über Krieg und Frieden.

Die neuesten Meldungen. Ausweisung der Angehörigen der Mittelmächte aus Griechenland.

Berlin, 16. Juni. Die verschiedenen Morgenblätter aus Athen melden, werden die Angehörigen der Mittelmächte durch Oberkommissar Jannart aus Griechenland ausgewiesen. Einige Blätter melden gerüchtweise, der englische und der französische Botschafter hätten Athen verlassen.

Die Schweiz unternimmt keine Friedensvermittlung.

Bern, 15. Juni. (Meldung der Schweizerischen Depesch-Agentur.) In Ansehung an den Beschluß des Nationalrats und gemäß dem Antrag des Bundesrats beschloß der Ständerat, den verschiedenen Parteien, durch die der Bundesrat ersucht werden sollte, die Initiative zur Herbeiführung eines Friedens zu ergreifen, nicht Folge zu geben, da die Schweiz augenblicklich nicht in der Lage sei, die Vermittlung mit irgendwelchen Ansichten auf Erfolg auszuüben.

Der neue englische Lebensmittelkontrollleur.

London, 15. Juni. (Reuter.) Im Unterhause, teilte Bonar Law mit, daß der Präsident des Local Government Board, Lord Hobnonda, zum Lebensmittelkontrollleur ernannt worden ist.

Die dänischen Konservativen gegen Ståuning.

Kopenhagen, 15. Juni. Die konservative Reichstagsgruppe beschloß gestern durch ihren Vertreter in der Regierung, den Minister Rothbl, an den Ministerpräsidenten Jøhse die Aufforderung zu richten, veranlassen zu wollen, daß die sozialdemokratische Partei in der Regierung durch eine andere Persönlichkeit vertreten wird als durch den Minister Ståuning. Gegen den letzteren sind in jüngster Zeit aus konservativen Kreisen wegen seiner Tätigkeit im Interesse des Friedens, wodurch er nach Ansicht vieler Kreise die Neutralität Dänemarks gefährde, heftige Angriffe gerichtet worden.

Verleuerung der französischen Zeitungen.

Christiania, 15. Juni. (W. T. B.) Nach einem Pariser Sondertelegramm an Aktienposten haben die französischen Zeitungsverleger beschlossen, den Preis für die Zeitungsnr. von 5 auf 10 Centimes zu erhöhen. Die Zeitungen erscheinen nur viermal wöchentlich, und zwar im Umfang von nur zwei Seiten.

Verkrüftung der norwegischen Schifffahrt.

Christiania, 15. Juni. (W. T. B.) Nord Handels og Skipsvare Tidende zufolge ist in Kalesund unter der Firma Northsea and Baltic Line ein bedeutendes Reedereiunternehmen unter Führung der Firma Norell og Co. im Entstehen. Von dem Aktienkapital, das mindestens 10 und höchstens 15 Millionen Kronen betragen soll, sind 7 Millionen Kronen bereits gezeichnet. Die neue Reederei wird zwischen den norwegischen Ostsee- und Nordseehäfen arbeiten. Das Hauptkontor soll sich in Kalesund befinden. Die Routensahrt beginnt erst nach dem Kriege.

Feuer auf hoher See.

Bern, 15. Juni. (Reuter.) Aus London: Auf dem englischen Segler General Laurie entstand auf hoher See Feuer. Das Schiff mußte versenkt werden.

Neue Wirren in Mexiko.

Bern, 15. Juni. (Reuter.) Aus New York: Aus El Paso wird gemeldet, daß Truppen Villas in drei Kolonnen gegen Chihuahua marschieren. Es fand ein Zusammenstoß zwischen Mexikanern und einer amerikanischen Kavalleriepatrouille statt, wobei mehrere Mexikaner getötet wurden.

Der deutsche und der österreichische Tagesbericht vom 15. Juni befinden sich auf der 3. Seite.

Der heutige deutsche Tagesbericht liegt bei Abschluß der Nummer noch nicht vor.

Die Wahrheit über die Friedenspolitik der Regierungssozialisten.

II.
Als die Fraktion am 24. November 1915 wieder zusammentrat, drängte die Minderheit erneut darauf, daß der Reichskanzler über die Friedensfrage interpelliert und diese Frage in der Fraktion zuerst beraten werde. Gegen das letztere Verlangen sprachen Schulz, Dabid, Ebert, Thiele und Bauer, der da sagte:
Die Friedensfrage ist ein rein theoretisches Gerede

wir sollten die praktischen Arbeiterfragen voran- und die hohe Politik zurückstellen."

So wurde denn auch mit 48 gegen 34 Stimmen beschlossen. Als die Freilebfrage dann am 20. November 1915 in der Fraktion zur Verhandlung kam, beantragte die Opposition folgende **Interpellation** im Reichstage einzubringen:

„Ist der Herr Reichskanzler zu sofortigen Friedensverhandlungen auf der Grundlage des Verzichtes auf Annektionen seher bereit durch alle beteiligten Länder bereit?“

Gegen diesen Wortlaut ließen die Mehrheitsführer Sturm und verlangten die **Ausmerzung der Frage** nach der Bereitschaft zu einem Frieden **ohne Annektionen**. Dabid, Ebert, Richard Fischer, Wolfenbühler und Scheidemann beantragten für die Interpellation folgenden **harmlosen Wortlaut**:

„Ist der Herr Reichskanzler bereit, Auskunft darüber zu geben, unter welchen Bedingungen er geneigt ist, in Friedensverhandlungen einzutreten?“

Scheidemann bekannte bei der Begründung:

„Wir können vom Kanzler nicht fordern, öffentlich zu sagen, daß er alles aus der Hand geben will. Meinerseits hätte ich neulich in Wien vom Genossen Renner sehr richtig sagen, Annektionen unter keinen Umständen sei eine Lebensart, die mit Sozialismus und Demokratie nichts zu tun habe. Was solle man z. B. mit Polen machen? Es sei doch eine Utopie, es zum selbständigen Staat machen zu wollen. Auch Viktor Adler sagte, mit der Phrase „Gegen Annektionen“ sei nichts anzufangen.“

Scheidemann erreichte denn auch, daß die Resolution der Minderheit mit 58 gegen 43 Stimmen **abgelehnt** und dann seine eigene angenommen wurde. In der vom Parteivorstand herausgegebenen Broschüre „**Ein Jahr sozialdemokratischer Reichstagsarbeit im Kriege**“ heißt es auf Seite 7, die Interpellation der Minderheit sei

auf eine „bloße Demonstrationsspolitik“ hinausgelaufen, es sei aber darauf angekommen,

„dem Reichskanzler nicht für zukünftige Friedensverhandlungen die besten Erträmpfe aus der Hand zu schlagen.“

Und heute? Dieselbe Argumentation der Alldemokraten verwerfen die Regierungssozialisten von heute, ohne zu verraten, daß sie sie einst selber vertreten haben. Als Scheidemann am 9. Dezember 1915 seine Interpellation begründet hatte erklärte der Reichskanzler, er lehne es ab, ein Friedensangebot zu machen, die Gegner möchten damit kommen, dann sei er zur Prüfung bereit, aber er müsse **Garantien im Osten und im Westen** fordern usw. Im Namen aller bürgerlichen Parteien verlangte der Zentrumskoordinator Spahn einen Frieden, mit **„Gebietsverwerbungen“**, also mit Annektionen. Der zweite sozialdemokratische Redner, Landsberg, stellte sich taub und erhob weder Protest gegen Spahns offene noch gegen Bethmanns **versteckte Annektionsforderung**. Die Fraktion billigte diese **Vogelstrauchpolitik** hinterher mit 60 gegen 24 Stimmen, indem sie die einfache Feststellung verwarf, daß die Fraktion mit Landsbergs Antwort auf die Kanzlerrede nicht einverstanden sei.

Als kurz darauf die Fraktion beschloß, trotz Bethmanns Annektionsrede ihm wieder 10 Milliarden neuer Kriegskredite zu bewilligen da hielten es **20 Fraktionsmitglieder** für unvereinbar mit ihrer sozialistischen Pflicht, sich länger durch den Fraktionszwang zum Schweigen verurteilen zu lassen. Am 21. Dezember 1915 **stimmten** sie öffentlich im Reichstage **gegen die Kriegskredite** und ließen

durch Geyer eine begründende Erklärung abgeben, in der es hieß:

„Wie wir Eroberungspläne, die von Regierungen und Parteien anderer Länder aufgestellt werden, mit aller Kraft bekämpfen, so wenden wir uns mit derselben Entschlossenheit auch gegen das verhängnisvolle Treiben der Annektionspolitik unseres Landes, die in gleicher Weise wie jene das stärkste Hindernis für die Einleitung von Friedensverhandlungen sind. Diese gefährliche Politik hat der Reichskanzler, als er zu der sozialdemokratischen Interpellation das Wort ergriff, nicht von sich gewiesen, er hat ihr vielmehr Vorstoß geleistet und die sämtlichen bürgerlichen Parteien haben in Unterstützung seiner Ausführungen ausdrücklich Gebietsverwerbungen gefordert. Erfolgversprechende Friedensverhandlungen sind aber nur möglich auf der Grundlage, daß kein Volk vergeblich, daß die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit jedes Volkes gewahrt, daß allenfalls Eroberungsplänen jeder Art entzagt wird. . . . Der deutschen Regierung läme es zu, . . . den ersten Schritt zum Frieden zu tun. Von der sozialdemokratischen Fraktion ist sie aufgefordert worden, den Gegnern ein Friedensangebot zu machen. Der Reichskanzler hat dies jedoch schroff abgelehnt. . . . Eine (solche) Politik . . . durch unser parlamentarischen Verhalten zu unterstützen ist und unmöglich. . . . Wir lehnen die Kredite ab.“

Dieses durch Pflicht und Gewissen diktierte sozialistische Bekenntnis trug den 20 Dissidenten ein **Edelsvotum** der Fraktionsmehrheit ein. Von jetzt an waren **die Geister auch öffentlich geschieden** und ganz selbstverständlich stimmten die Zwanzig nunmehr am 24. März 1916 auch öffentlich **gegen den Notetat** und ließen ihre Haltung durch Haase mit einer Rede begründen. Die Fraktionsmehrheit **erkannte ihnen** darauf wider alles Parteirecht mit 58 gegen 33 Stimmen **die Fraktionsrechte ab**. Sie konstituierten sich darauf unter dem Namen

Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft

als selbständige Fraktion im Reichstage.

In seiner Rede zum Notetat wandte sich Haase mit besonderem Nachdruck gegen die Annektionspolitik und forderte schleunigen Frieden ohne Vergewaltigung. Dabei wurde er **unter der lärmenden Zustimmung der Regierungssozialisten** fortgesetzt vom Präsidenten unterbrochen und ihm wurde dann sogar auf Beschluß des Hauses **das Wort entzogen**, wofür die **Führer der Regierungssozialisten** sich nicht entblödeten, **mitzustimmen!**

Aber trotzdem war im Reichstage **der Bann gebrochen**, die Diskussion über die Kriegsziele und die Friedensfrage war nicht mehr zu verhindern, denn die neue Fraktion ließ sich darin keinerlei Bindung anerkennen. Ihre Redner benutzten im Gegenteil jede Gelegenheit, im Reichstage die Annektionspolitik zu bekämpfen und vom Reichskanzler einen **Verständigungs-frieden ohne Sieger und Besiegte** zu fordern. Das fand im Lande **mächtigen Widerhall** und in der Sorge um das schwindende Ansehen und Vertrauen bei den Volksmassen bequamen sich nunmehr die Regierungssozialisten allmählich, ebenfalls gegen die Annektionspolitik und für einen Verständigungsfrieden einzutreten. So wurden sie durch den Druck der Arbeitsgemeinschaft vorwärts getrieben.

Als nun gar die russische Revolution daherbrauste und der

Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat

die Friedensformel prägte: Ohne Annektionen und Kriegsschädigungen, da mußten die deutschen Regierungssozialisten wohl oder übel an die Regierung dieselbe Forderung stellen, nachdem sie deren rückwärtslose Vertretung im Reichstage und im Lande mehr als zwei Jahre lang mit dem Fraktionszwang und allen Mitteln brutaler Gewalt verhindert hatten. So ließen sie am 20. April 1917 endlich ihren **Parteiausschuß** beschließen:

„Wir erklären unser Einverständnis mit dem Kongreßbeschlusse des russischen Arbeiter- und Soldatenrats, einen gemeinsamen Frieden vorzubereiten, ohne Annektionen und Kriegsschädigungen, auf der Grundlage einer freien nationalen Entwicklung aller Völker. Wir betrachten es daher als die wichtigste Pflicht der sozialdemokratischen Partei Deutschlands wie der Sozialisten aller Länder,